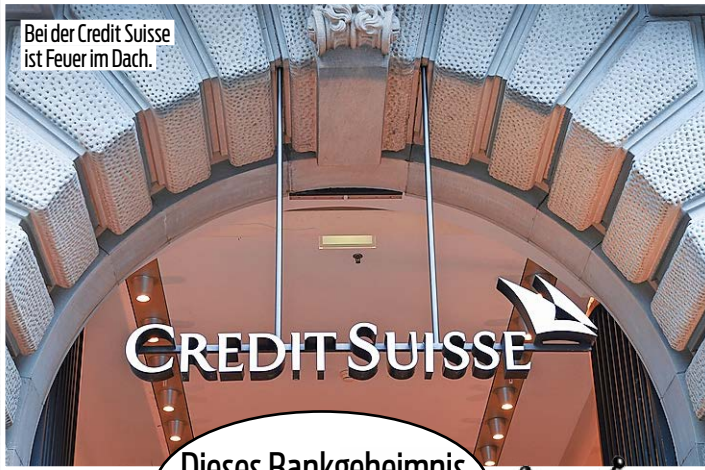


essor äussert schlimmen Verdacht



Bei der Credit Suisse ist Feuer im Dach.

Dieses Bankgeheimnis muss gelüftet werden!

Auch Khan ist für die Medien nicht zu erreichen. Letzte Woche hat er bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige eingereicht. Diese bestätigt, ein Strafverfahren wegen Nötigung und Drohung eröffnet zu haben. Jetzt soll Khan im Ausland weilen.



CS-Verwaltungsratspräsident Urs Rohner.



Warum schweigt er?

über die Dilettanten-Beschatter fremdgeschämt»

Nein, wenn das zu beschattende Auto anhält, dann schicken wir einen Läufer los, meist den Beifahrer, der hat den Tracker in wenigen Sekunden angebracht. **Es macht den Eindruck, als sei es gar nicht darum gegangen, sich unauffällig zu verhalten. Was könnte dahinterstecken?** Die Beschatter haben das Zielobjekt bedrängt, wollten ihm offenbar das Handy entreissen. Vielleicht wollten die Leute sogar auffallen. Für mich entstand der Eindruck, es sei gar nicht um unauffälliges Beschatten gegangen. Ich glaube, da ging es um Einschüchterung.

Die Beschatter von Khan haben offenbar ein Mietauto benutzt, das leicht zu identifizieren war, wie die Zeitungen von CH Media schreiben. Ein Fehler? Absolut! Wir würden sicher kein Mietauto verwenden. Bei uns kommen nur Autos mit gesperrten Nummern zum Einsatz, also mit Nummern, die nicht im Auto-Index stehen. **Ein dilettantisches Vorgehen – möglicherweise firmeninternes Sicherheitspersonal, keine ausgebildeten Spezialisten?** Das weiss ich nicht, das würde ich selber gerne wissen.

INTERVIEW: CHRISTIAN KOLBE

das gegen ihn

internationaler Tragweite eröffnet – der Fifa-Komplex, das Verfahren gegen den malaysischen Staatsfonds 1MDB und wegen des Petrobras-Korruptions-skandals. Eigentlich hat Lauber sich nicht mit den unprotokollierten Treffen mit Infantino unmöglich gemacht. **Das meiste Vertrauen hat er mit seinen Angriffen auf die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft verspielt und damit, dass er ihre Arbeit laut deren Aussage hintertreibt.**

Damit schadete Lauber dem Ansehen der Bundesanwaltschaft enorm. Doch genau hier liegt seine Chance: Umsichtige Parlamentarier könnten sich scheuen, die BA durch die Abwahl Laubers noch zusätzlich zu schwächen. Doch auch die Wiederwahl Laubers birgt Risiken: Ein angeschlagener Bundesanwalt, dem die Öffentlichkeit nicht mehr über den Weg traut, stärkt die BA eben auch nicht gerade.

SERMİN FAKI

NEWS

ÖV-Schweiz mit automatischem Ticketing

Bern – Nach erfolgreichem Markttest führt der Tarifverbund «Direkter Verkehr Schweiz» 2020 das automatische Ticketing im öffentlichen Verkehr ein. Dabei kann eine Reise per Smartphone erfasst und die gefahrene Route nachträglich bezahlt werden.

Kluft bei Vermögen in der Schweiz steigt

Bern – Das Vermögen in der Schweiz ist zwischen 2003 und 2015 gewachsen. Allerdings hat sich die Verteilung verschlechtert: Das reichste Prozent hat sein Vermögen um 43 Prozent erhöht, während die tieferen Dreiviertel aller Vermögen nur um 18,6 Prozent gestiegen sind.

Digitale Identität ist auf Kurs

Bern – Eine vom Bund anerkannte E-ID ermöglicht bei Online-Geschäften und Behördenkontakten die elektronische Identifizierung nach Schweizer Regeln. Der Ständerat hat die letzte Differenz beim E-ID-Gesetz ausgeräumt. Das letzte Wort dürfte das Volk haben: Das Referendum ist angekündigt.

Ja zum elterlichen Betreuungsurlaub

Bern – Der Nationalrat stellt sich hinter einen Betreuungsurlaub für Eltern von schwer erkrankten Kindern und bezahlte Freitage für Menschen, die sich um erkrankte Eltern kümmern. Nur die SVP lehnt die Vorlage ab.

BÖRSEN & DEVISEN

SMI	9997.4 (-0.6%)
DOW JONES	26950.0 (+0.1%)
EURO/CHF	1.09
USD/CHF	0.99
GOLD	48488 Fr./kg
ERDÖL	64.19 \$/Fass

Ständerat schlägt erste Pflöcke bei CO₂-Gesetz ein
Mit Öl hat es sich bald ausgeheizt

Die Klimajugend lässt nicht locker: Als sich der Ständerat gestern über das CO₂-Gesetz beugte, verfolgte eine Gruppe Jugendliche die Diskussion auf dem Bundesplatz.

Den Strom für das extra mitgebrachte TV-Gerät produzieren die Jungen gleich selbst – mit einem Velo-Generator. Drei Klimamäsküler strampelten, damit die anderen sturken konnten.

Und zu sehen gab es einiges. In der dreieinhalbstündigen Eintretensdebatte überboten sich die Ständeräte mit Sonntagspredigten und Dankesbezeugungen. Dank an die Umweltkommission, die das Gesetz nach den «Scherbenhaufen», den der Nationalrat letztes Jahr produziert hätte, wieder auf Kurs gebracht habe.

Und Dank an die Klimajugend «für ihren beharrlichen Zorn und ihre Kreativität», mit der sie die Politik beständig daran erinnert hätte, dass diese die Zukunft der Jugend in den Händen halte, wie der Solothurner SP-Ständerat Roberto Zanetti (64) sagte.

In der Tat hat sich die Diskussion verändert, seitdem der Nationalrat das CO₂-Gesetz im letzten Dezember versenkt hat. Niemand im Ständerat bestritt, dass es griffige Ziele und Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses braucht. Denn im Jahr 2017 stiess die Schweiz 47,2 Millionen Tonnen CO₂ aus. Pro Einwohner sind das 5,6 Tonnen. Und das ist noch ohne die Importe gerechnet.

Das Problem ist also erkannt – deshalb gab es zunächst auch keine Opposition. Die folgte



Jugendliche verfolgen die CO₂-Debatte auf dem Bundesplatz.

dann aber schnell, als es um die Details ging.

Die erste Uneinigkeit gab es bei der Frage, wie viel ihres CO₂-Ausstosses die Schweiz im Inland vermeiden muss und wie viel sie kompensieren kann, indem sie im Ausland Emissionszertifikate und damit das Recht zum CO₂-Ausstossen kauft.

Der Ständerat einigte sich auf eine Inlandsquote von mindestens 60 Prozent. Anträge, die weitergehen wollten, hatten keine Chance – wohl auch mit Blick auf eine allfällige Volksabstimmung, die das Gesetz vielleicht überstehen muss.

Dann folgte der wohl grösste «Zankapfel» des Gesetzes, wie Kommissionssprecher Damian Müller (34, FDP) es nannte. **Es ging um die Frage, ob man Hausbesitzer dem Klima zuliebe an die kurze Leine legen soll.**

Die Kommission schlug nämlich vor, dass ab 2023 für Altbauten, deren Heizung ersetzt werden muss, ein CO₂-Grenz-

wert gelten soll. Die Limite wurde so gesetzt, dass in wenigen Jahren keine Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden können. Der Grenzwert beginnt sehr sanft, wird aber alle fünf Jahre verschärft.

Damit greife der Ständerat recht stark in die Autonomie der Kantone ein, wehrten sich die einen. Er gebe ihnen und den Hausbesitzern aber auch Planungssicherheit, meinten die anderen. Sicher ist: **Er sorgt dafür, dass die Schweiz die Klimaziele von Paris erreichen kann.** Denn die Art, wie wir unsere Wohnungen und Häuser heizen, ist für etwa 25 Prozent des CO₂-Ausstosses der Schweiz verantwortlich. Und mit den bestehenden kantonalen Gebäudeprogrammen sind die Reduktionsziele nicht zu schaffen.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt. Dann geht es um höhere Benzinpreise und die Flugticketabgabe.

SERMİN FAKI, TOBIAS BRUGGMANN

Die Klima-Pakete unserer Nachbarn

Autos nur noch mit Strom, Häuser aus Holz statt Beton – und Radiesli statt Rindsfilet: Wenn es nach dem Bundesrat geht, ist die Schweiz bis 2050 klimaneutral. Er ist nicht allein mit dem Plan. Kurz vor Beginn des Unoklimagipfels in New York haben sich 66 Länder dem gleichen Ziel verpflichtet. Und während die Schweiz noch diskutiert, sind die Nachbarn teilweise schon weiter.

Deutschland

Das neue Klimaschutzpaket ist dünn: Kernstück ist eine CO₂-Abgabe, die beim Tanken und Heizen mit fossilen Brennstoffen spürbar sein wird. **Essoll zunächst ein Festpreis auf den CO₂-Ausstoss pro Tonne gelten,** der 2021 mit 10 Euro pro Tonne

CO₂ beginnt und bis 2025 auf 35 Euro steigt. Benzin oder Diesel werden so an der Tankstelle inklusive Mehrwertsteuer um bis zu 12 Cent teurer. In der Schweiz, in Schweden und in anderen Ländern ist man längst weiter. Dort liegt der CO₂-Preis pro Tonne bei 80 bis 115 Euro.

Frankreich

Was in Deutschland kommen soll, hat in Frankreich Ende vergangenen Jahres bereits für ordentlich Ärger gesorgt. Wochenlang protestierten die Gelbwesten gegen eine höhere Besteuerung fossiler Brennstoffe – insbesondere Diesel. Nun geht es dem Flugverkehr an den Kragen. Im Sommer gab die französische Regierung bekannt: Die Ökosteuer auf Flugtickets

kommt. **Sie soll ab 2020 je nach Flugziel und Klasse zwischen 1,50 und 18 Euro pro Ticket betragen** – besonders zu Buche schlagen Businessstarife auf der Langstrecke.

Österreich

Ex-Kanzler Sebastian Kurz (33) lehnt das EU-Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ab: Er fürchtet zu viel billiges Rindfleisch, das die Bauern in Österreich unter Druck setzt – produziert auf Kosten des Regenwalds und des Tiereschutzes, transportiert auf Kosten des Klimas. **Neben Billigfleisch will Kurz auch der Kohle an den Kragen:** «Wir sperren gerade das letzte Kohlekraftwerk zu, und bis 2030 wollen wir 100 Prozent Strom aus er-

neuerbarer Energie – ein ganz wesentlicher Schritt im Kampf gegen den Klimawandel», sagte er gestern der «Bild»-Zeitung.

Italien

Wirtschaftskrise, Asylkrise, Regierungskrise: **Die Italiener waren in den vergangenen Jahren mit anderen Themen als mit dem Klimaschutz beschäftigt.** Jetzt kommt er trotzdem langsam auf die Agenda. Ein neues Klimaschutzdekret ist in der Mache. Subventionen sollen beispielsweise den öffentlichen Verkehr stärken. Und Städte, die sich um Klimafreundlichkeit bemühen, sollen in den Fokus gerückt werden. Immerhin: Eine Auszeichnung soll künftig «grüne Städte» fördern.

FABIENNE KINZELMANN



Stellt seine politischen Ambitionen vorerst zurück: Matthias Steinegger, Sohn von FDP-Urgestein Franz Steinegger.

Schlaganfall! Steinegger muss Kandidatur zurückziehen

Letzte Woche erlitt Matthias Steinegger (43), Sohn von «Katastrophen»-Franz Steinegger (76), einen Schlaganfall. Wie seine Partei, die Urner FDP, mitteilte, gehe es ihm den Umständen entsprechend gut und er dürfe auf eine vollständige Genesung hoffen.

Seine politischen Ambitionen aber stellt Steinegger erst mal zurück. Er wollte den National-

ratssitz zurückerobern, den die Liberalen bis 2015 während 99 Jahren ununterbrochen besetzt hatten.

Doch nach dem Schlaganfall zieht Steinegger seine Kandidatur zurück. Und einen Ersatz wird es nicht geben: **Die Urner FDP entschied aus Zeitgründen, keinen neuen Kandidaten zu suchen.**

Sie empfiehlt den Wählern stattdessen, einen der beiden

bürgerlichen Kandidaten, Pascal Blöchlinger (42, SVP) oder Simon Stadler (31, CVP), zu unterstützen. Damit dürfte Stadler so gut wie gewählt sein.

Der Urner Sitz wird frei, nachdem Beat Arnold (41, SVP) aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr antritt. Arnold hatte seinen eigenen Schicksalsschlag zu verdauen – er war an Krebs erkrankt.

SERMİN FAKI